

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsort: Dresden.
Verlagsnummer 25 241.
Für die Nachgelieferter: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung oder durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 14,- M., vierteljährlich 42,- M., die einjährige 37,- M. bei halbjähriger, die einjährige 70,- M. bei vierteljährlicher, die einjährige 100,- M. bei monatlicher Lieferung. In den übrigen Orten des Reichs bei halbjährlicher Lieferung 15,- M., vierteljährlicher 45,- M., einjähriger 75,- M. bei monatlicher Lieferung 100,- M. Die Anzeigenpreise sind in der Druckerei zu erfragen. Druckerei: Verlagsnummer 25 241. Für die Nachgelieferter: 20011.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Markenstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Neypach & Reichardt in Dresden.
Polischer-Ring 1066 Dresden.

Abdruck nur mit deutscher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Inserate Schriftliche werden nicht aufbewahrt

Annahme verzinslicher Bareinlagen.
An- und Verkauf von Wertpapieren.
Hinterlegungsstelle von Wertpapieren zwecks Einlösung von Zins- und Gewinnanteilscheinen.

Dresdner Handelsbank

Aktiengesellschaft

Ostra-Allee 9, im „Haus der Kaufmannschaft“

Schlachthofring 7 • Wettinerstr. 56, Großmarkthalle • Eliasplatz 3 • Kaiserstr. 11 • Zweigniederlassung: Bautzen, Theatergasse 8

Scheckverkehr.
Einzahlung und Ankauf von Wechseln.
Kreditverkehr gegen Wertpapiere und Waren.
Vermietung von feuer- und einbruchsicheren Stahlwänden unter Verschluss des Mieters und Mitverschluss der Bank.

Die neuen Tarifierhöhungen der Eisenbahn.

Erhöhung der Güter- und Tierlarife vom 1. April ab.

Keine Erhöhung der Personentarife.

Berlin, 18. März. Der Reichsverkehrsminister hat den Regierungen der Länder und den Mitgliedern des vorläufigen Reichseisenbahnrates mitgeteilt, daß mit Rücksicht auf die hohen Erhöhungen der Ausgaben der Reichsbahn am 1. April d. J. eine Tarifierhöhung nötig sei. Die sachlichen Nachteile, die der Reichsbahn durch die starke Erhöhung der Rohstoffpreise und damit aller Materialpreise erwachsen, sind für das Rechnungsjahr 1922 auf mindestens 11,5 Milliarden zu beziffern. Die zwischen dem Reichsfinanzministerium und den Spitzenorganisationen der Beamten und Arbeiter vereinbarten Gehalts- und Lohnerhöhungen werden eine weitere Belastung der verstaatlichten Kosten der Reichsbahn um 8,5 Milliarden Mark bringen, so daß

eine Gesamtmehrbelastung der Reichsbahn für den kommenden Haushalt von 20 Milliarden Mark eintritt.

Damit helfen die Ausgaben des ordentlichen Haushalts für 1922 von 78,8 Milliarden auf rund 97 Milliarden Mark oder um rund 19 v. H.

Bei der Ausgleitung dieses Defizitbetrages sollen die Personen- und Gepäcktarife gesenkt werden. Deshalb ist es erforderlich, die Güter- und Tierlarife entsprechend stärker heranzusetzen. Die seit dem 1. März geltenden Güter- und Tierlarife sollen vom 1. April dieses Jahres ab um rund 10 v. H. erhöht werden. Da wegen der Kürze der Zeit die Form des allgemeinen Zus

chlusses gewählt werden muß, werden die neuen Frachtberechnungen in der Weise vorgenommen, daß die Gütertarife vom 1. Februar 1922 entsprechend erhöht werden. Die Erhöhung der Fracht für Güter hat auch entsprechende Erhöhungen zur Folge. Jedoch wird von einer Erhöhung der Mindesttarife für Exporteure abgesehen. Die organische Einbeziehung der Zuschläge in das Tarifsystem der Reichsbahn ist zum 1. Juni d. J. angedeutet.

Eine Erhöhung der Personentarife ist nicht in Aussicht genommen.

Jedoch ist es mit Rücksicht auf die Finanzlage der Reichsbahn nicht möglich, an den für Berlin und Hamburg geltenden besonders niedrigen Stabs- und Vororttarifen festzuhalten. Es ist daher eine Erhöhung der Stabs- und Vororttarife für den Stadt- und Vorortverkehr geplant, deren Tarif weit hinter den Stabs- und Vororttarif für den sonstigen Reichsbahnverkehr zurückbleiben.

Auch bevorstehende Posttarifierhöhungen.

Dr. Schmidt (Berliner Schriftleitung). Berlin, 17. März. Wie bei der Eisenbahn, treten auch bei der Post weitere Tarifierhöhungen bevor, allerdings nicht zum 1. April. Die durch die beschlossenen Gehaltserhöhungen bei der Post und durch die Erhöhung der Materialpreise eingetretene Mehrbelastung durch Erparnisse in den Ausgaben allein nicht gedeckt werden. Obwohl Tarifierhöhungen notwendig werden, läßt sich noch nicht übersehen. Es ist abzuwarten, in welcher Weise sich momentlich die Gehaltserhöhungen in Bezug auf die Ausgaben bemerkbar machen werden. Wenn die Postminister der Tarifierhöhungen eintritt, wird sie dem Betrag zur Prüfung unterbreitet werden.

Die „gefährlichen“ Mobilmachungsanweisungen für Zivilverwaltungsbehörden

Eine neue Note Rollets.

Dr. Schmidt (Berliner Schriftleitung). Berlin, 17. März. General Rollet hat unter dem 15. März folgende neue Note an das Anwesenliche Amt gerichtet:

Vor dem Kriege und während desselben haben die Zivilbehörden eine gewisse Zahl von Urkunden geführt, die die Ausführung von Rekrutierungen und Mobilmachungsmaßnahmen betrafen, die jetzt durch die militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages verboten sind. Es ist nun der Kontrollkommission angezeigt worden, daß nicht alle diese Urkunden vernichtet worden sind. Ein Teil davon soll sich noch in den Händen der Bürgermeister und anderer zivillicher Behörden befinden. Die Kommission beehrt sich um die Vernichtung der noch übriggebliebenen Archive zu ersuchen. Diese Vernichtung hat in Gegenwart von Kontrolloffizieren zu geschehen, die von den beteiligten Verbindungsstellen über die in dieser Hinsicht getroffenen Maßnahmen zu unterrichten sind. Die Kommission bittet außerdem, ihr in möglichst kurzer Frist die Schritte mitzuteilen, die die deutsche Regierung in Ausführung des Artikels III des Friedensvertrages ergriffen hat oder zu ergreifen gedenkt, um den vorerwähnten Zivilbehörden die notwendigen Dienstschlüssel zu entziehen, die der Friedensvertrag verbietet.

Soweit die Note. Es ist möglich, daß General Rollet vielleicht die bei den Landratsämtern wohl noch befindlichen Mobilmachungsanweisungen für Zivilverwaltungsbehörden, wie zum Beispiel Gemeindevorsteher, sowie die auf Grund derselben jeherzeitlich entstandenen Akten im Auge hat, die bisher wegen ihrer völligen Bedeutungslosigkeit unbeachtet geblieben sind. Sie betreffen nur die Verlebenshebung und die Bestellung von Gewannen bei Einquartierungen, haben aber mit dem Mannschaftevertrage und der Mobilmachung von Mannschaften nicht das geringste zu tun.

Militärische Kontrolle bis 1. Oktober.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“).

Genf, 17. März. „Echo de Paris“ und „Matin“ zufolge hat die Mittwoch-Sitzung der Völkervertragskonferenz, an der Graf Storoz zum ersten Male wieder Italien vertrat, die Fortdauer der Kontrolle für die deutsche Flotte und die Landrücken bis vorläufig 1. Oktober d. J. angesprochen.

Androhung neuer Zwangsmahnahmen.

Berlin, 17. März. Die Wiederherstellungs-Kommission hat heute ihren Entschluß bekannt über die Forderungen, die Deutschland an diese zu stellen habe. Ein Mitglied der Kommission erklärte einem Vertreter des „Zentralblattes“: Wenn Deutschland die Forderungen der Kommission nicht erfüllt, würden die Militärzwangsmahnahmen bestehen, die entweder finanzieller oder militärischer Natur sein würden. — Ueber die geplante Anleihe erklärte die Kommission, daß eine solche wahrscheinlich zustandekommen werde, wenn Deutschland die nötigen Garantien gebe. Wenn die Forderungen für diesen Zweck als Garantie zur Verfügung gestellt würden, könnte man damit die Zinsen für eine Anleihe von drei Milliarden im Gold decken. Zusammen mit anderen Einnahmen des Reiches sei eine Garantie für eine Anleihe von acht bis zehn Milliarden möglich.

Serabsetzung der britischen Besatzungsarmee.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“). Rotterdam, 17. März. Die „Times“ meldet, daß die britische Besatzungsarmee im Rheinland am 1. April nur zunächst drei Bataillone und vier Batterien in ihrem Bestand serabgesetzt wird.

Der „Temps“ für die Anleihe an Deutschland.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“). Paris, 17. März. Der „Temps“ erklärt im Vorkriegsartikel: Die beim Wiederaufbau des Reiches benötigte Schaffung eines Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Anleihe unter Zuziehung von neutralen und deutschen Finanzexperten sei vom französischen Standpunkte aus sehr zu begrüßen; nur sei zu wünschen, daß vorher der allgemeine Schuldenerlaß unter den Entente-Mächten ohne weiteres Warten auf amerikanische Beteiligung erfolge. Frankreich selbst könne mit gutem Beispiel vorangehen, und es für die Summe, die Italien ihm schulde, deutsche Obligationen der Serie C annehmen. Falls England wirklich zu dem Schuldenerlaß auch ohne Beteiligung Amerikas entschlossen sei, müsse es sich das Verdienst seiner Hochherzigkeit jetzt bereits sichern, denn im Falle weiterer Bedenklichkeit werde der Anleiheplan zu Entwürfen führen. Der „Temps“ bezeichnet es als unbedingte Notwendigkeit, daß die Verbündeten in irgendeiner Form die deutschen Anleihen garantieren. Unter diesen Umständen wäre es nach Ansicht des „Temps“ bedenklich und unmöglich, den Unternehmern der Anleihe ein Vorrecht auf bestimmte deutsche Einnahmequellen, besonders auf die Zölle, einzuräumen, da die Verbündeten ohnedies sich verpflichten müßten, die Rechte der Geldgeber zu schützen.

Einigung in den deutsch-polnischen Verhandlungen.

Genf, 18. März. In den wichtigsten Fragen des Wiederaufbaues, die bekanntlich zu besonders mühsamen und langwierigen Verhandlungen im 11. Unter-ausschuß geführt hatten, sind gestern die deutschen und polnischen Bevollmächtigten zu einer Einigung gelangt. Das Völkervertragssekretariat gibt darüber folgende amtliche Mitteilung an:

Infolge unmittelbarer Verhandlungen zwischen den Bevollmächtigten befindet sich das Problem der Wiederaufbaues, das mit einigen anderen Fragen bisher noch kritisch geblieben war, auf dem besten Wege der Lösung. Unter dem Vorbehalt einer grundsätzlichen Einigung, die sich auf die Reduktion gewisser Artikel allgemeinen Charakters bezieht, ist in den Hauptfragen, wie Schulden, höhere Verbrauchsteuern, Ämtern, Sprache vor Gericht und in der Verwaltung, völlige Uebereinstimmung erreicht worden. (S. T. B.)

Generalkonferenz in Polen.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“). Posen, 17. März. Nachdem die Einigungsverhandlungen zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitern geteilt sind, ist der Generalkonferenz beschlossen worden und sollte gestern in Thorn, Bromberg und Posen beginnen. In Graudenz hat der Streik bereits gestern eingesetzt. Die Intervention der Regierung hat lediglich den Erfolg gehabt, daß die Streikenden sich verpflichteten, den Streik nicht auf die lebenswichtigen Betriebe auszudehnen.

Die deutsche Steuerüberlastung.

Ein Mehr an Steuern nicht erträglich.

Der neue Reichsfinanzminister Dr. Dermes hat in einem dringlicher Form und gestützt auf sachliche Gründe von unüberwindlicher Durchdringung in Reichstagsbargelöst, daß die neuen vierzehn Steuererlässe, die demnächst in Kraft treten werden, das Maßmaß an Steuerlasten betreffen, das dem schwer bedrückten deutschen Volke überhaupt zugemutet werden kann. Daß die direkte Steuerlast in Deutschland unvergleichlich viel härter und schwerer ist, als in England und Frankreich, ist durch die Fortschritt an dieser Stelle eingehender gemahnt, für Europa berühmte Deutschland der deutschen Reichsregierung, die eine übermäßige Belastung der direkten Steuern zu den genannten drei Ländern unter Berücksichtigung des verhältnismäßig niedrigen Einkommens, erhöht werden. Außerdem haben auch noch die neuen Weizenmehlwerte über die Bekämpfung des Vermögens Vermögenssteuer, Vermögenswachstumssteuer, Kapitalertragssteuer) neben der Erbschaftsteuer eine zusätzliche Belastung des Vermögens in einem der Welt noch nicht bekannten Umfang und wirken als schwere Vorbelastung des Einkommens in Deutschland gegenüber jedem in der Reparationskommission vertretenen Lande. Und dazu treten nun die unabweislichen indirekten Kosten des neuen Steuerhaufens, die den Verbrauch nach allen Richtungen hin bis zur Abwesenheit einschränken: Das sind insgesamt Kosten von so erschwerendem Gewicht und Schwere, daß man Dr. Dermes nur zustimmen muß, wenn er die Grenze des Erträglichsten für den deutschen Steuerzahler bereits als überschritten erachtet. Auch in einschneidenden Entschlüssen beginnt man angefaßt einer so halbherzigen Steuerpolitik einzusehen, daß Deutschland sich an der Grenze des Erträglichsten befindet. In vordrängender Weise man jetzt gegenüber dem ewigen französischen Drängen darauf hin, daß Deutschland nicht noch weitergeben kann. Die Eisenbahntarife seien zu erhöhen worden, daß dem Verkehr eine noch größere Belastung nicht zugemutet werden könne. Die Erhöhung der Kohlenpreise bedrohe die deutsche Industrie mit einer gefährlichen Krise, und da überdies ein gesteigerter Bedarf an Rohstoffen und Lebensmitteln vorhanden sei, so könne an eine Erhöhung der Zölle für den Vorkriegspreise, die man in Europa gefordert habe, jetzt nicht gedacht werden. Steuerlasten sind auch, daß selbst die Vorkriegs-Preise, die sonst immer Frankreich die Lüge zu halten pflegt, sich gerade in den letzten Tagen mit den Ausführenden der vorerwähnten deutschen Wirtschaft eingehend beschäftigt hat, um der Einkommenssteuer des Einkommens, daß Deutschland der hochverschuldeten Staat sei, rückhaltlos zustimmen.

Nach alledem hat Dr. Dermes aus der gesamten Lage in dankenswerter Weise die richtige unverblümte Konsequenz gezogen, indem er drei wesentliche Punkte klar und unmissverständlich feststellte: 1. Daß die jetzige, auf einem fragwürdigen Papiermattigen beruhende Zustände der deutschen Industrie infolge abnehmender Kaufkraft der Mark verwerfen muß, und zwar bald. 2. Daß eine Besserung des Markturtes nur durch eine angemessene Verminderung der Reparationslasten bewirkt werden kann. 3. Daß ein Mehr an Steuerlasten nach dem ganzen Stande unserer Wirtschaft nicht erträglich ist. Der Minister verdient für diese nachdrücklichen Feststellungen vor aller Welt den Dank der Nation, und ganz besonders dafür, daß er endlich das erlösende Wort gesprochen hat, auf das der deutsche Verbraucher und Steuerzahler schon so lange sehnlichst gewartet hat: das Wort von der Unmöglichkeit einer noch weitergehenden Steuerlasten Belastung. Mit dieser programmatischen Erklärung steht und fällt Dr. Dermes, und es bleibt nur zu wünschen, daß sich niemals ein Nachfolger für ihn finden möge, der die schwere Bürde am deutschen Volke auf sich nimmt, die in jedem Gedanken an eine noch weitere Steuerlast gegeben sein würde. Wenn Dr. Dermes, wie zu hoffen ist, sein und unerschütterlich auf dem Boden beharrt, den er in seiner Reichstagsrede betreten und wirkungsvoll verteidigt hat, so muß seine Amtsführung als ein Gewinn für Deutschland bewertet werden, und die nationale öffentliche Meinung könnte endlich einmal die Empfindung haben, daß der rechte Mann an der rechten Stelle steht.

Pressfestimmen zur Steuerdebatte im Reichstag.

Berlin, 17. März. Die geistige Steuerdebatte im Reichstags wird in den Wäldern nur vereinzelt besprochen, da der Raum durch anderwertiges Material in Anspruch genommen ist.

Die „Kreuz-Ztg.“ hebt Dr. Defferich hervor: Der beste Mann im Steuerausschuß, hat er alle Verhandlungen mitgemacht, kennt er die Wirkung der neuen Steuererlässe aufs genaueste. Dr. Defferich führt den Nachweis, daß das deutsche Volk viel höhere Steuern zu tragen hat wie das englische und französische. Er zeigt, daß alle Opfer, auch das der Zwangsanleihe, umsonst sind, solange wir in ein Staat ohne Boden schöpfen müssen, solange die Reparationsforderungen nicht reduziert und die Sparmaßnahme nicht eingetretet ist.

Die „Zeit“ meint: Das Beste und das Beste in der Rede des Ministers war an die Adresse der Entente gerichtet. Einmal der Nachweis, daß wir jetzt unserer Wirtschaft ein weit größere Last zumuten, als irgendein anderes Land, und weiter die eindringliche Mahnung, die Entschuldigungsansprüche, die man an uns stellt, mit der wirklichen Belastung, Fähigkeit unserer Wirtschaft in Einklang zu bringen. Erfolgt diese Begrenzung nicht, so ist die deutsche Währung weiter zum Einstürzen und Versinken verurteilt.